

Wahlprüfsteine – AWO-Frauen*Netzwerk-Württemberg

A) Bereich Arbeit und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Carearbeit ist besonders für Frauen eine große Herausforderung und ein großes Spannungsfeld. Von Seiten der Politik und Kommunen ist es daher unerlässlich die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die notwendigen Anforderungen sind ja bekannt, trotzdem ist sind die Kitas und Schulen noch immer viel zu unzuverlässig, um einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Frage:

Wie wollen Sie zukünftig die Verlässlichkeit der Kitas/Schulen verbessern, damit es für Frauen zuverlässig möglich ist ihre Berufstätigkeit mit der Carearbeit/Kindererziehung in der Familie gut miteinander zu verbinden?

Durch Abbau von Bürokratie, multiprofessionelle Teams und Wahlfreiheit für Eltern (beispielsweise Kita, Tagespflege oder häusliche Erziehung) schaffen wir hochwertige, bildungsorientierte Angebote, die Familien stärken und berufliche Perspektiven zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Carearbeit schaffen. Unser Fokus liegt dabei auch auf der verlässlichen Betreuung in Kitas und der Schule. Daher fordern wir eine Ausweitung des Fachkräftekatalogs, um Personalmangel zu bekämpfen.

B. Politische Verantwortung auf Landesebene – Istanbulkonvention – Frauenhäuser – Bezahlbarer Wohnraum

1. Umsetzung der Istanbul-Konvention:

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund und Länder zu umfassenden Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

Frage:

Welche konkrete politische Verantwortung sehen Sie für sich als Landtagsabgeordnete bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Welche Maßnahmen wollen Sie im Landtag aktiv voranbringen oder unterstützen?

Wir wollen eine verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlagen für Frauen- und Kinderschutzräume schaffen, um Betroffene in Notsituationen besser zu schützen. Gerade im ländlichen Raum haben wir in Baden-Württemberg massiven Aufholbedarf. Dazu zählt auch die wichtige beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit, die Frauen- und Kinderschutzhäuser leisten. Insbesondere Opfer von häuslicher Gewalt müssen schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten können.

2. Landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern:

Frauenhäuser sind ein zentraler Bestandteil des Gewaltschutzes, ihre Finanzierung ist jedoch regional sehr unterschiedlich geregelt.

Frage:

Welche Verantwortung trägt das Land aus Ihrer Sicht für eine verlässliche, landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern? Wie wollen Sie sich hierfür parlamentarisch einsetzen?

Eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern und damit verbunden ein klarer Rechtsrahmen sind elementar. Die Kommunen und privaten Träger brauchen aufgrund des

stark gestiegenen Bedarfs und explodierender Energiekosten eine finanzielle Sicherung. Landes- und Bundesregelungen müssen hier Hand in Hand gehen.

3. Bezahlbare Anschlussunterbringung nach dem Frauenhausaufenthalt – Bezahlbarer Wohnraum:

Viele von gewaltbetroffenen Frauen* und ihre Kinder finden nach dem Aufenthalt im Frauenhaus keinen bezahlbaren Wohnraum.

Fragen:

Welche politischen Entscheidungen auf Landesebene halten Sie für notwendig, um eine verbindliche und bezahlbare, sichere Anschlussunterbringung nach der Erstaufnahme im Frauenhaus zu gewährleisten.

Und welche politischen Instrumente werden Sie einsetzen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit geringeren Einkommen?

Um bezahlbaren Wohnraum zu sichern, setzen wir auf mehr Angebot durch schnelleres und günstigeres Bauen. Wohnen soll wieder einfacher, schneller und wirtschaftlicher werden, indem wir Bürokratie abbauen, Baustandards reduzieren und die Verfahren konsequent digitalisieren, bis hin zum Einsatz von KI im Bauantragsverfahren, etwa bei der Vollständigkeitsprüfung des Bauantrages. Ziel ist: Baukosten senken und damit mehr Wohnungen schaffen, damit Mieten nicht weiter steigen und Menschen in jeder Lebensphase passenden Wohnraum finden.

Zweitens wollen wir Familien entlasten und Eigentum wieder erreichbar machen, weil mehr Eigentümer zugleich den Mietmarkt entlasten. Eigentum aber auch Altersvorsorge und Sicherheit in jeder Lebenslage darstellt. Daher setzen wir uns für eine Reform der Wohnraumförderung mit Fokus auf Eigentum vor, ohne dabei den sozialen Wohnungsbau zu vergessen. Außerdem ist eine Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 % längst überfällig. Dies ist eine bürokratiearme Sofortmaßnahme die sowohl dem Mietwohnungsbau als auch dem Bau von Eigentumswohnungen zu Gute kommt.

C) Pflege stärken– Versorgung sichern

1.) In Baden- Württemberg werden über 2/3 der Pflegebedürftigen nach SGBXI im häuslichen Umfeld versorgt:

Frage:

Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um die Pflege im häuslichen Umfeld zu stärken?

Wir wollen die häusliche Pflege durch Entbürokratisierung, Digitalisierung und bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte und Angehörige stärken. Konkret bedeutet das, dass wir beispielsweise durch die Einführung digitaler Pflegeanwendungen und die Verringerung von Dokumentationspflichten mehr Zeit für die eigentliche Versorgung geschaffen werden kann. Zudem wollen wir ein monatliches „Liberales Pflegebudget“ einführen. Dies soll anstatt starrer Pflegeleistungen ein flexibles Budget ermöglichen, welches frei für ambulante Dienste, Alltagshelfer oder Technikhilfsmittel eingesetzt werden kann. Dies ermöglicht explizit für die häusliche Pflege, dass sie attraktiver und individueller gestaltet werden kann.

2.) Die meisten Pflegebedürftigen, die zuhause gepflegt werden, werden von ihren Angehörigen versorgt, die diese oft weit über ihre Kräfte gehende Arbeit verrichten:

Frage:

Wie können Angehörige in der häuslichen Pflege gestärkt und unterstützt werden?

Wir erkennen die enorme Belastung pflegender Angehöriger und sehen daher auch die Notwendigkeit, sie durch Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie umfassend zu stärken.

Wir wollen eine Bündelung verschiedener Versorgungsformen in einem Pflegenetzwerk – mit ambulanten Pflegediensten, mit Tagespflege, mit Betreuungskräften aus dem In- und Ausland, mit Angehörigen, aufsuchender Pflegeberatung sowie bürgerschaftlichem Engagement. Wir setzen uns für den Einsatz digitaler und alltagsunterstützender Technologien und Dienstleistungen in der Pflege ein. Zudem wollen wir den Ausbau von Kurzzeitplätzen fordern. Wir brauchen wohnortnahe Versorgung und familienentlastende Angebote in regionalen Versorgungsstrukturen.

3.) Eine Frage aus der Bundespolitik – Im letzten Herbst hat die Bundespolitik laut über die Abschaffung vom Pflegegrad I diskutiert:

Frage:

Welche Haltung haben Sie dazu?

Wir lehnen die Abschaffung des Pflegegrads 1 ab und wollen eine Neuausrichtung in der Pflege auf Prävention sowie strukturelle Reformen in der Pflegeversicherung. Wir fordern daher die Einführung eines „Liberalen Pflegebudgets“, bei dem Leistungen der Pflegegrade in ein monatliches Budget gebündelt werden, um mehr Flexibilität für Betroffene zu schaffen. Pflegegrad 1 soll dabei explizit auf Prävention fokussiert werden, um eine Verschlechterung der Pflegesituation frühzeitig zu verhindern. Die FDP-Landtagsfraktion hat sich in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, dass das Entlastungsbudget unbürokratischer genutzt werden kann, insbesondere um das Ehrenamt zu stärken.

D) Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für echte Gleichstellung. Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt Württemberg stehen dabei die Werte soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit und Chancengleichheit im Mittelpunkt. Noch immer tragen Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und sind dadurch häufiger von Teilzeit, Einkommensnachteilen und Altersarmut betroffen. Eine verlässliche Infrastruktur, gute Arbeitsbedingungen und eine aktive Gleichstellungspolitik sind entscheidend, damit Frauen in Baden-Württemberg selbstbestimmt arbeiten, Familienverantwortung übernehmen und wirtschaftlich abgesichert leben können.

Fragen:

1.) Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Ausbau qualitativ hochwertiger und verlässlicher Ganztagsbetreuung (Kita und Schule) in Baden-Württemberg sicherzustellen?

Wir als FDP wollen im frühkindlichen Bereich vor allem verlässliche Betreuung sicherstellen, statt maximale Betreuungszeiten zu versprechen, die dann nicht eingehalten werden können. Gleichzeitig ist für uns Freie Demokraten klar, dass Verlässlichkeit und Qualität untrennbar zusammengehören. Deshalb setzen wir auf klare Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder orientieren und pädagogische Arbeit ermöglichen, statt sie durch Personalmangel zu erschweren. Dafür fordern wir, den Fachkräftekatalog nach § 7 KiTaG auszuweiten, um Kitas für weitere geeignete Qualifikationen zu öffnen und pädagogische Qualität dauerhaft abzusichern. Gleichzeitig lehnen wir eine Erhöhung der Gruppengrößen ab, weil diese zulasten der Bildungs- und Betreuungsqualität geht. Um personelle Engpässe abzufedern und Qualität zu

sichern, sollen Zusatzkräfte kurzfristig bis zu drei Monate eins zu eins auf den Mindestpersonalschlüssel angerechnet werden können; außerdem sollen Zusatzkräfte mit Erfahrung im Kinder- und Jugendbereich (z. B. Juleica-Inhaber oder Übungsleiter) dauerhaft zu 50 % auf den Mindestpersonalschlüssel angerechnet werden können. Ergänzend fordern wir die Einrichtung eines Matching-Systems, um fachfremde Zusatzkräfte gezielt zur Entlastung pädagogischer Fachkräfte einzusetzen. Außerdem wollen wir die Nutzung des Erprobungsparagrafen, mit dem neue pädagogische und organisatorische Konzepte erprobt werden können, befördern und evaluieren, um Potenziale für Bürokratieabbau ohne Qualitätsverlust zu identifizieren.

Für die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich wollen wir als FDP klare Qualitätsstandards, die den Ganzttag als Bildungs- und Lebensraum begreifen und nicht als reine Verwahrung. Qualitativ hochwertiger Ganzttag bedeutet für uns Freie Demokraten eine sinnvolle Verzahnung von Unterricht, Förderung, Freizeit, Sport und kulturellen Angeboten sowie verlässliche Strukturen über den gesamten Tag hinweg. Diese Qualität wollen wir durch geschultes Personal und einen differenzierten Fachkräftecatalog absichern – einschließlich einer verlässlichen Regelung für die Ferienbetreuung. Wir Freie Demokraten fordern zudem mehr Zeit für Koordination und Organisation, weil Qualität im Ganzttag Planung, Abstimmung und Verlässlichkeit voraussetzt und setzen auf Wahlfreiheit statt Ganztagszwang sowie auf die qualitative Einbindung außerschulischer Akteure. Dazu gehört auch die Erstellung eines Fachkräftecatalogs für den Ganzttag, die Anerkennung bestehender Basisqualifikationen (z. B. Übungsleiter, Juleica/Jugendbegleiter), eine niedrigschwellige Basisqualifikation mit anschließender Weiterbildung („Training on the Job“) sowie klare Qualifizierungsstufen für Ergänzungskräfte. Ergänzt werden soll dies durch ein breites Fortbildungsangebot, ein Matching-System sowie eine transparente, an Qualifikationsstufen angepasste Tarifstruktur, um Qualität langfristig zu sichern. Zur Umsetzung vor Ort fordern wir außerdem im Sozialraum verankerte Koordinierungsstellen sowie eine Anhebung der Entlastungs- und Ermäßigungsstunden für Schulleitungen, damit Qualitätsentwicklung im Ganzttag auch organisatorisch geleistet werden kann.

2.) Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in Berufen in Bildung, Erziehung und Pflege verbessern, um Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken?

Wir wollen durch Entbürokratisierung und flexible Modelle, um Arbeitsbedingungen und Vergütung in Bildung, Erziehung und Pflege attraktiver gestalten. Das Ziel ist es, Fachkräfte zu binden und Familienkompatibilität zu sichern. Durch die Reduzierung von Dokumentationspflichten und durch Digitalisierung wollen wir die pädagogische Freiheit erhöhen, damit mehr Zeit für den direkten Kontakt mit Kindern und Pflegebedürftigen bleibt. Dazu wollen wir die Einführung von Teilzeit-, Jobsharing- und Homeoffice-Optionen sowie mehr Personalbudgets für Schulen und Pflegeeinrichtungen fördern, um Fachkräfte trotz familiärer Belastungen zu halten.

3.) Welche Initiativen beabsichtigen Sie, um eine gerechtere Verteilung von Sorge- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern, etwa durch arbeitsmarkt-, familien- oder gleichstellungspolitische Instrumente?

Wir wollen, dass eine gerechte Aufgabenverteilung in Sorge- und Pflegearbeit durch flexible Arbeitsmodelle möglich ist. Daher benötigen wir einen Arbeitsmarkt, der auf die Menschen vertraut und diese manchmal „einfach machen lässt“. Aus unserer Sicht muss die Kinderbetreuung und damit die Arbeitskräfteverfügbarkeit ausgebaut werden und spezielle Betreuungsformate unterstützt werden.

4.) Welche Vorbildrolle soll das Land Baden-Württemberg als öffentlicher Arbeitgeber einnehmen, um flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsmodelle und bessere Unterstützungsangebote für Frauen mit Sorgeverantwortung umzusetzen?

Die Gestaltungsmöglichkeiten als öffentlicher Arbeitgeber sollten besser ausgenutzt werden, auch um gegenüber der Wirtschaft attraktiv zu sein und andere Nachteile auszugleichen. Da sind die Möglichkeiten für Telearbeit bzw., Homeoffice, Teilzeioptionen ohne Benachteiligung bei der Karriere oder landeseigene Betreuungsmöglichkeiten wichtig. Aber klar ist für uns auch, dass eine ausreichende und verlässliche Betreuungssituation für Jung oder Alt der entscheidende Hebel für eine möglichst reibungslose Berufstätigkeit ist.